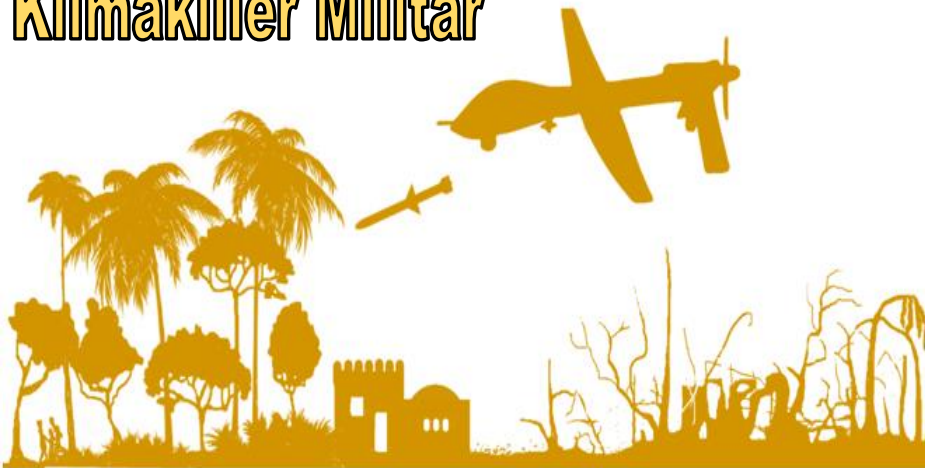


Am 26. Oktober 1955 beschloss der Nationalrat:

- (1) „Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zum Zweck der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität. Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrecht erhalten und verteidigen.“
- (2) Österreich wird zur Sicherung dieser Zwecke in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiete nicht zulassen.

Die überwältigende Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher, auch der ausländischen Bewohner:innen, spricht sich für die Neutralität Österreichs aus. In der Ära Kreisky wurde die Neutralität aktiv eingesetzt, um in der Weltpolitik zwischen Konfliktparteien zu vermitteln und Wien zu einem Ort der internationalen Kooperation zu machen (UNO-City, OSZE-Sitz u.a.). Wir konnten stolz auf unsere Außenpolitik sein. Einige Diplomaten knüpften in den letzten Jahren an diese Tradition an und waren maßgeblich am Zustandekommen des Atomwaffenverbotsvertrages beteiligt, dessen einjähriges Bestehen im März 2022 die Unterzeichnerstaaten in Wien zusammenführen wird, um seine Wirksamkeit und Tragweite auszubauen.

Klimakiller Militär



Tatsächlich befindet sich die österreichische Außenpolitik leider nicht immer auf Neutralitätskurs. So warb Wolfgang Schüssel als Bundeskanzler (2000-2007) mit dem Slogan „Solidarität statt Neutralität“ für einen NATO-Beitritt und sagte zum Nationalfeiertag: "Die alten Schablonen – Lipizaner, Mozartkugeln oder Neutralität – greifen in der komplexen Wirklichkeit des 21. Jahrhunderts nicht mehr." Unter seiner Regierung wurden die Eurofighter gekauft, die wir nie brauchten, aber sehr teuer bezahlten.

Bundeskanzler Schallenberg wiederum sagt „Europa ist von einem Feuerring an Krisenherden umgeben ... Europa muss sich auf eigene Beine stellen, etwa militärisch; Österreich ist da auch gefordert“; aber nicht militärisch sondern mittels Friedensarbeit, Friedensbildung und Konfliktvermittlung. Im Regierungsprogramm steht die Einrichtung eines Zivilen FriedensDienstes im Außenministerium, doch außer eines Entschließungsantrages im Parlament ist hierfür noch kein Fortschritt zu erkennen. Im Gegenteil:

- Für Genehmigungen von Überflügen von NATO-Maschinen braucht es keine parlamentarische Genehmigung mehr.
- Bundesheerangehörige waren im Afghanistaneinsatz (!), danach wollten sie die Erlaubnis zum zivilen Waffentragen in Österreich.
- Die Durchfahrt von NATO-Truppen im Rahmen des Defender 21 NATO-Manövers wurde von den Ministerinnen Tanner und Edtstadler genehmigt.
- Der neue Außenminister Linhart erklärte, dass er die Entwicklung der transatlantischen Partnerschaft (NATO) als Herausforderung sieht und er ein klarer Anhänger der NATO sei (!).

Schallenberg und Linhart bekennen sich zu ihrem Vorbild Schüssel. Eine weitere Annäherung an die NATO ist zu befürchten (s.o.), obwohl damit keine Friedensbemühungen zu erwarten sind, wie die Erfahrung lehrt. Noch kein Konflikt wurde bisher von der NATO langfristig durch Waffeneinsatz gelöst, im Gegenteil.

Hoffentlich profiliert sich unser Parlament als Hüter der Verfassung und bewahrt Österreicher:innen vor militärischen NATO-Einsätzen, indem es die Regierung zum Einhalten der Neutralität bringt. Eine aktive Neutralitätspolitik mit internationaler Friedensarbeit inkl. Einführung eines professionellen Zivilen FriedensDienstes und Anstrengungen zur Friedensförderung auf allen Ebenen sind gefordert, um so tatsächlich zu einer nachhaltigen Sicherheit beizutragen.